



FINANZKOMMISSION

TÄTIGKEITSBERICHT 2011

INHALTSVERZEICHNIS

1	Vorwort des Präsidenten	3
2	Aufgaben und Arbeitsweise	4
2.1	Aufgaben	4
2.2	Personelle Wechsel	4
2.3	Organisation und Arbeitsweise	5
3	Ordentliche Geschäfte	6
3.1	Geschäftsbericht 2010	6
3.2	Voranschlag 2012 / Aufgaben- und Finanzplan 2013-15 (VA/AFP 12/13-15)	6
3.3	Direktionsgeschäfte (Verpflichtungskredite)	6
3.4	Finanzaufsicht	8
3.5	Gebundene Ausgaben	8
4	Zusätzliche Geschäfte	9
4.1	Finanzpolitische Handlungsfelder	9
4.2	Personalpolitik / Personalkosten	10
4.3	Evaluation NEF	10
5	Antrag	11
6	Anhang	12
6.1	Mitgliederliste (per 31.12.2011)	12
6.2	Organigramm	13
6.3	Liste der behandelten Geschäfte	14

1 Vorwort des Präsidenten

Die Finanzkommission, kurz FIKO, ist eine der drei Aufsichtskommissionen des Grossen Rates. Sie ist ausschliesslich dem Grossen Rat verpflichtet und legt ihm mit dem Tätigkeitsbericht Rechenschaft über ihre Aktivitäten ab. Zu ihren Hauptaufgaben gehören die Steuerung der Finanzen und die Oberaufsicht über die Haushaltsführung. Als ein Gremium von Milizpolitikerinnen und –politikern steht sie einem „professionellen“ Regierungsrat mit einer ressourcenstarken Verwaltung gegenüber.

Es droht damit ein „Informations- und Ressourcengefälle“ zwischen Parlament und Regierung. Für die FIKO-Mitglieder ist es unabdingbar, dass ihnen für die Beurteilung komplexer Geschäfte von strategischer Bedeutung genügend Zeit eingeräumt wird. Es wäre unseriös, wenn Geschäfte, welche durch die Direktionen und die Verwaltung über mehrere Monate vorbereitet werden, durch die FIKO innert einer Woche definitiv beurteilt werden müssten. Damit würde die FIKO ihre Verantwortung als Aufsichtskommission nur sehr ungenügend wahrnehmen.

Eine rechtzeitige Vorinformation könnte Abhilfe schaffen. Regierung und Verwaltung müssen hier noch vermehrt für die Bedürfnisse der FIKO und des Grossen Rates sensibilisiert werden.

Im Jahr 2011 fand eine Intensivierung des Planungsdialogs zwischen Regierung und FIKO zum Voranschlag statt. Die Regierung informierte die FIKO zwischen April und August mehrmals detailliert über den Stand der Arbeiten und nahm Meinungsäusserungen von Seiten der FIKO entgegen. Als die Regierung im August 2011 ein defizitäres Budget präsentierte, war sofort klar, dass es in der vorliegenden Form im Grossen Rat keine Chance haben würde. Die FIKO griff daraufhin in bisher nicht gekanntem Umfang in das Budget ein und veränderte es so, dass es im Grossen Rat mehrheitsfähig würde. Für mich war es einerseits sehr erfreulich zu sehen, dass der mit der Regierung gefundene Kompromiss vom Parlament klar angenommen wurde. Ich erachte dies auch als ein Vertrauensbeweis in die Arbeit der FIKO. Andererseits kann es nicht die Aufgabe der FIKO sein, den Voranschlag derart tiefgreifend zu überarbeiten. Das Vorgehen war nicht stufengerecht und darf sich in dieser Form nicht wiederholen.

Auch im Jahr 2011 ist es gelungen, die Geschäfte der FIKO – bei allen Meinungsverschiedenheiten in der Sache – in einer konstruktiven und von persönlicher Wertschätzung gekennzeichneten Atmosphäre zu behandeln. Dafür danke ich meinen Kommissionskolleginnen und -kollegen ganz herzlich. Einen speziellen Dank möchte ich dem abgetretenen Vizepräsidenten, Bernhard Antener, aussprechen. Er hat mit seiner hohen Fachkompetenz und seinem grossen Einsatz als Präsident der Ausschüsse „BVE/STA“ und „gebundene Ausgaben“ einen ausserordentlichen Beitrag geleistet und dazu beigetragen, dass die Arbeit der FIKO dank Sachlichkeit und Fachkenntnis von allen Beteiligten auf hohe Akzeptanz stösst.

Im Sekretariat hatte die FIKO ebenfalls einen personellen Wechsel zu verzeichnen. Alexandra Heeb ist per Ende August von Ihrer Stelle als geschäftsführende Sekretärin zurückgetreten und durch Dominique Clémenton ersetzt worden. Auch Alexandra danke ich für ihren grossen und kompetenten Einsatz zugunsten der FIKO und insbesondere die sorgfältige Planung der Übergangszeit, die es ermöglichte, die Geschäfte ohne zeitliche Verzögerungen weiter zu bearbeiten.

Heinz Siegenthaler, Grossrat
Präsident der Finanzkommission

2 Aufgaben und Arbeitsweise

Die Finanzkommission erstattet dem Grossen Rat gemäss Artikel 39 Absatz 3 der Geschäftsordnung (GO) des Grossen Rates 1989 jährlich Bericht über ihre Tätigkeit. Der Tätigkeitsbericht ist bewusst kurz gefasst, da über den Voranschlag / Aufgaben-/Finanzplan und den Geschäftsbericht jeweils eigene Berichte erstellt werden.

2.1 Aufgaben

Die Aufgaben der Finanzkommission leiten sich aus Art. 21 des Gesetzes über den Grossen Rat (GRG) ab. Die Finanzkommission berät alle Grossratsgeschäfte vor, welche die Finanzen betreffen, und stellt Antrag an den Grossen Rat. Zudem nimmt sie die Funktion der Oberaufsicht über den Finanzhaushalt des Kantons Bern wahr.

Art. 21 GRG

¹ Die Finanzkommission besteht aus 17 Mitgliedern. Sie befasst sich mit der Steuerung von Finanzen

² Sie berät insbesondere

- a die Richtlinien der Regierungspolitik,
- b den Voranschlag,
- c den Aufgaben- und Finanzplan,
- d die Steueranlage,
- e die Nachkredite,
- f die Verpflichtungs- und Zusatzkredite,
- g den Rahmen der Neuverschuldung,
- h den Geschäftsbericht und weitere Berichte des Regierungsrates, die von Bedeutung für die Steuerung von Finanzen und Leistungen und die Oberaufsicht über den Finanzhaushalt sind,
- i die Aufträge,
- k die Petitionen und Eingaben in ihrem Zuständigkeitsbereich.

³ Sie kontrolliert im Rahmen ihrer Tätigkeit in Koordination mit der Oberaufsichtskommission insbesondere

- a die Ordnungsmässigkeit der Rechnungsführung und der Rechnungslegung, die Rechtmässigkeit, die Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, die Zweckmässigkeit sowie die Wirksamkeit der Haushaltsführung,
- b das Controlling des Regierungsrats, der Direktionen und der Ämter,
- c die Abstimmung von Finanzen und Leistungen.

⁴ Sie kann zu Erlassen eine Stellungnahme an die vorberatende Kommission abgeben und dem Grossen Rat Antrag stellen, wenn der Erlass erhebliche Auswirkungen auf die Steuerung von Finanzen und Leistungen hat.

⁵ Sie koordiniert mit der Justizkommission inhaltlich und zeitlich die Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zu Voranschlag, Aufgaben- und Finanzplan, Nachkrediten, Geschäftsbericht und übrigen Finanzgeschäften der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft.

2.2 Personelle Wechsel

Vizepräsident Bernhard Antener (SP) gab per Ende November 2011 seine Demission aus der Finanzkommission bekannt. Am 29. November 2011 wählte der Grosse Rat Markus Meyer (SP) zum neuen Mitglied der Finanzkommission.

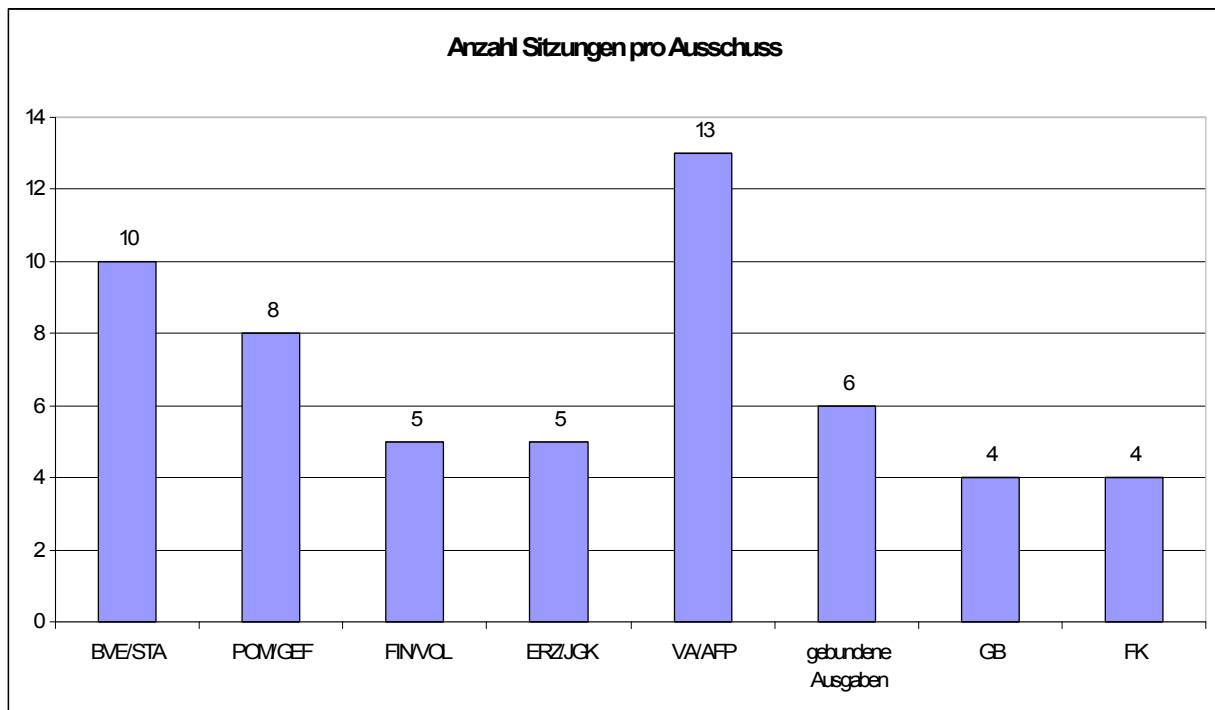
Zum neuen Vizepräsidenten wählte die Kommission Matthias Burkhalter (SP). Hans-Jörg Pfister (FDP) hat den Vorsitz des Ausschusses „BVE/STA“ übernommen, während Fritz Freiburghaus (SVP) neu den Ausschuss „gebundene Ausgaben“ leitet. Markus Meyer (SP) ist Mitglied in den Ausschüssen „BVE/STA“ und „gebundene Ausgaben“.

2.3 Organisation und Arbeitsweise

Die Finanzkommission teilt sich in vier Sachbereichsausschüsse (Voranschlag / Aufgaben- und Finanzplan; Geschäftsbericht; Finanzkontrolle; gebundene Ausgaben) und vier Direktionsausschüsse (Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE / Staatskanzlei STA; Erziehungsdirektion ERZ / Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK; Finanzdirektion FIN / Volkswirtschaftsdirektion VOL; Polizei- und Militärdirektion POM / Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF).

Die Ausschüsse bereiten die Geschäfte für die Plenumsitzungen im Detail vor, klären Sachfragen mit der Verwaltung und stellen Anträge zum weiteren Vorgehen.

Insgesamt fanden 2011 55 Ausschuss-Sitzungen statt.



Das Plenum der Finanzkommission führte 23 Sitzungen durch (6 ganztägige, 9 halbtägige und 8 kürzere Sitzungen).

Der Stellenetat des Sekretariats beträgt nach wie vor 210 Prozent. Die geschäftsleitende Sekretärin, bzw. der geschäftsleitende Sekretär haben ein 90%-Pensum. Alexandra Heeb kündigte ihre Stelle per Ende August und wurde auf den 1. September 2011 von Dominique Cléménçon abgelöst. Pamela Schär, wissenschaftliche Mitarbeiterin, ist zu einem Beschäftigungsgrad von 80% angestellt und Claudia Himmelreich-Feuz, höhere Sachbearbeiterin, arbeitet 40% für die Finanzkommission.

3 Ordentliche Geschäfte

Die Vorberaterung des Geschäftsberichts inkl. Jahresrechnung einerseits und des Voranschlags mit Aufgaben- und Finanzplan andererseits bilden im Frühjahr und im Herbst jeweils ein Schwergewicht der Kommissionstätigkeit.

3.1 Geschäftsbericht 2010

Entgegen den düsteren Prognosen konnte die Finanzkommission im Frühjahr den dreizehnten positiven Rechnungsabschluss in Folge zur Kenntnis nehmen. Im Jahr 2010 erzielte der Kanton Bern einen Überschuss von CHF 242 Mio, der fast doppelt so hoch ausfiel als budgetiert.

Mit der Genehmigung der Jahresrechnung beantragte der Regierungsrat dem Grossen Rat u.a. eine weitere Speisung des Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen. Sie stand in direktem Zusammenhang mit dem geplanten Kauf von zwei SBB-Liegenschaften im Berner Länggassquartier. Damit die Fondsspeisung korrekt im Geschäftsbericht abgebildet werden konnte, wurde dessen Genehmigung in die Septembersession verschoben. Dabei handelte es sich um ein einmaliges Vorgehen. Künftige Fondsaufnungen sollen nach Meinung der Finanzkommission vor der Genehmigung des Geschäftsberichts in der Märzsession erfolgen. Die Kommission beantragte eine Äufnung des Fonds um CHF 61 Mio. und wich damit vom Antrag der Regierung ab, welche eine Speisung von CHF 136 Mio. vorgesehen hatte. Der Grosse Rat stimmte dem Antrag der Finanzkommission in der Junisession 2011 nach intensiver Debatte zu.

3.2 Voranschlag 2012 / Aufgaben- und Finanzplan 2013-15 (VA/AFP 12/13-15)

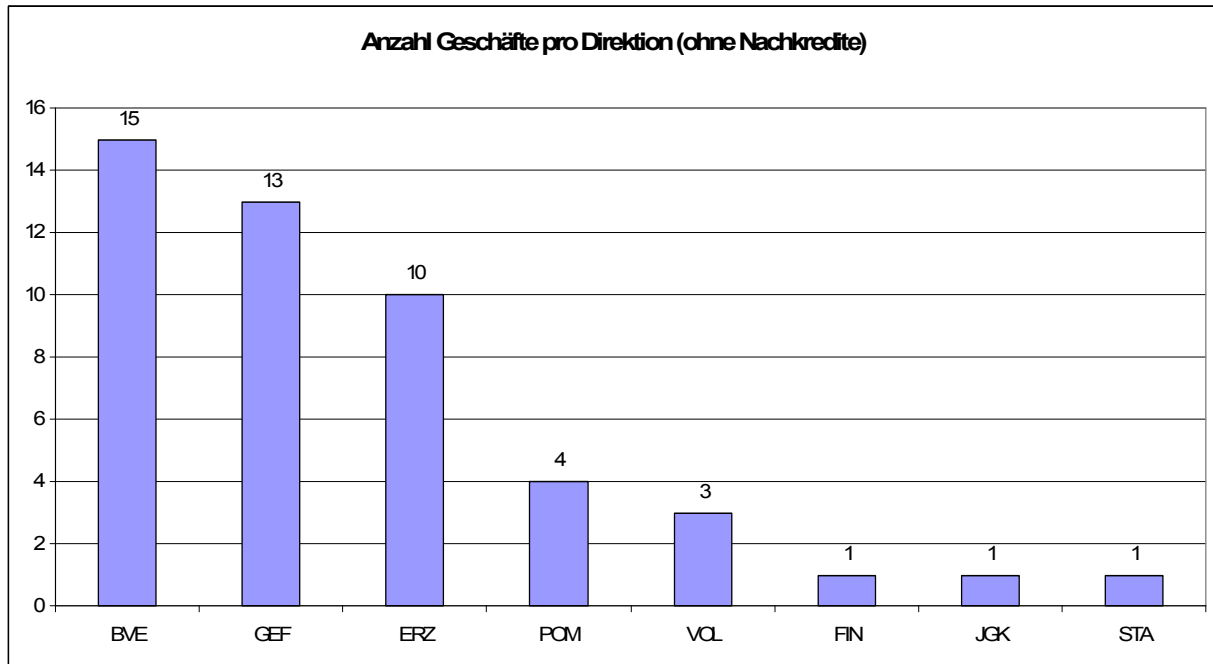
Weil sich schon bei der Verabschiedung des Voranschlags 2011 abzeichnete, dass das Budget 2012 negativ ausfallen könnte, beschlossen die Finanzkommission und der Regierungsrat eine „Intensivierung des Planungsdialogs“. Im Laufe des Jahres informierte die Finanzdirektorin die Finanzkommission mehrmals persönlich über den Stand der Arbeiten des VA/AFP 12/13-15, was die Kommission sehr schätzte.

Im August 2011 beantragte der Regierungsrat dem Grossen Rat ein defizitäres Budget. In Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat gelang es der Finanzkommission, sich in einem „Budgetkompromiss“ auf verschiedene Massnahmen zu einigen, die es ermöglichten, dem Grossen Rat doch noch ein ausgeglichenes Budget zu unterbreiten. Der Budgetkompromiss überstand die sehr lange und intensive Debatte in der Novembersession des Grossen Rates praktisch unbeschadet und wurde in der Schlussabstimmung deutlich gutgeheissen.

Während für das Budget 2012 vor allem aufgrund des Sonderfaktors Motorfahrzeugsteuern noch einmal ein Voranschlag ohne Defizit verabschiedet werden konnte, drohen in den nächsten Jahren tiefrote Zahlen. Aufgrund dieser düsteren Ausgangslage und der positiven Erfahrungen mit dem intensivierten Planungsdialog in diesem Jahr, ist die Finanzkommission gewillt, den Weg des finanzpolitischen Dialogs mit dem Regierungsrat weiterzugehen und wenn nötig noch einmal zu intensivieren. Die in der Novembersession 2011 überwiesenen Planungserklärungen zum Aufgaben- und Finanzplan verlangen vom Regierungsrat Massnahmen, trotz der schwierigen Lage auch in den nächsten Jahren eine ausgeglichene Staatsrechnung zu präsentieren, was keine leichte Aufgabe sein wird.

3.3 Direktionsgeschäfte (Verpflichtungskredite)

2011 wurden der Finanzkommission insgesamt 64 Direktionsgeschäfte zur Vorberaterung überwiesen, im Vergleich zu 56 im Jahr 2010. Davon waren 16 Nachkredite.



Wie jedes Jahr stammten die meisten Geschäfte aus der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion. Mit grossem Arbeitsaufwand verbunden war ein Kredit für den Kauf von zwei SBB-Liegenschaften im Berner Länggassquartier. Er wurde der Finanzkommission derart kurzfristig unterbreitet, dass eine gewissenhafte Beschlussfassung in der Märzsession 2011 nicht mehr möglich war. Die Kommission beantragte deshalb eine Verschiebung in die Junisession sowie eine Entflechtung von der Speisung des Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen, welche die Regierung dem Grossen Rat gleichzeitig mit der Genehmigung der Jahresrechnung beantragte. Zwei Ausschüsse nahmen an einer Vorbesprechung sowie einer Besichtigung der beiden Liegenschaften teil. Der Ausschuss ERZ/JGK wurde beigezogen, da die SBB-Gebäude nach Kauf und Sanierung der Universität zur Verfügung gestellt werden sollen. Im Berichtsjahr führte der Ausschuss BVE/STA insgesamt drei Besichtigungen vor Ort durch.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Geschäfte der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF), die der Ausschuss POM/GEF vorbehandelte. Bis Ende 2011 konnte der Kanton Kredite aus dem Fonds für Spitalinvestitionen (SIF) sprechen. Die Regionalen Spitalzentren und das Inselspital beantragten zahlreiche Kredite für bauliche Vorhaben, wobei der Regierungsrat einen Grossteil der Geschäfte als gebunden deklarierte, weshalb die Finanzkommission diese nur zur Kenntnis zugestellt erhielt. Da die Spitäler Kredite für mehrere Bauvorhaben einreichten, für die sowohl gebundene wie neue Kredite gewährt wurden, war es für die Finanzkommission schwierig, den Überblick zu bewahren. Auch inhaltlich war die Beratung der Geschäfte anspruchsvoll, unter anderem weil die Unterlagen teilweise medizinische Fachausdrücke enthielten.

Bei den Geschäften der ERZ betrafen über die Hälfte Vorhaben aus dem Bereich der Kultur. So wurde das Programm „Bildung und Kultur“ aus der Taufe gehoben, nachdem der Grosse Rat die erste Vorlage aus finanzpolitischen Gründen noch zurückgewiesen hat. Es wurden wiederkehrende Betriebsbeiträge an das Schweizerische Freilichtmuseum Ballenberg, das Alpine Museum und eine Erhöhung der Betriebsbeiträge an das Zentrum Paul Klee gewährt. Beschäftigt haben die Finanzkommission auch bauliche Massnahmen an kulturellen Einrichtungen, so der Projektierungskredit für die Sanierung des Stadttheaters Bern, der bauliche Unterhalt des Zentrums Paul Klee und der Erweiterungsbau Kubus des Historischen Museums Bern, wobei dieser Beitrag aus dem Lotteriefonds gewährt werden sollte und das Geschäft deshalb vom Ausschuss POM/GEF vorberaten wurde.

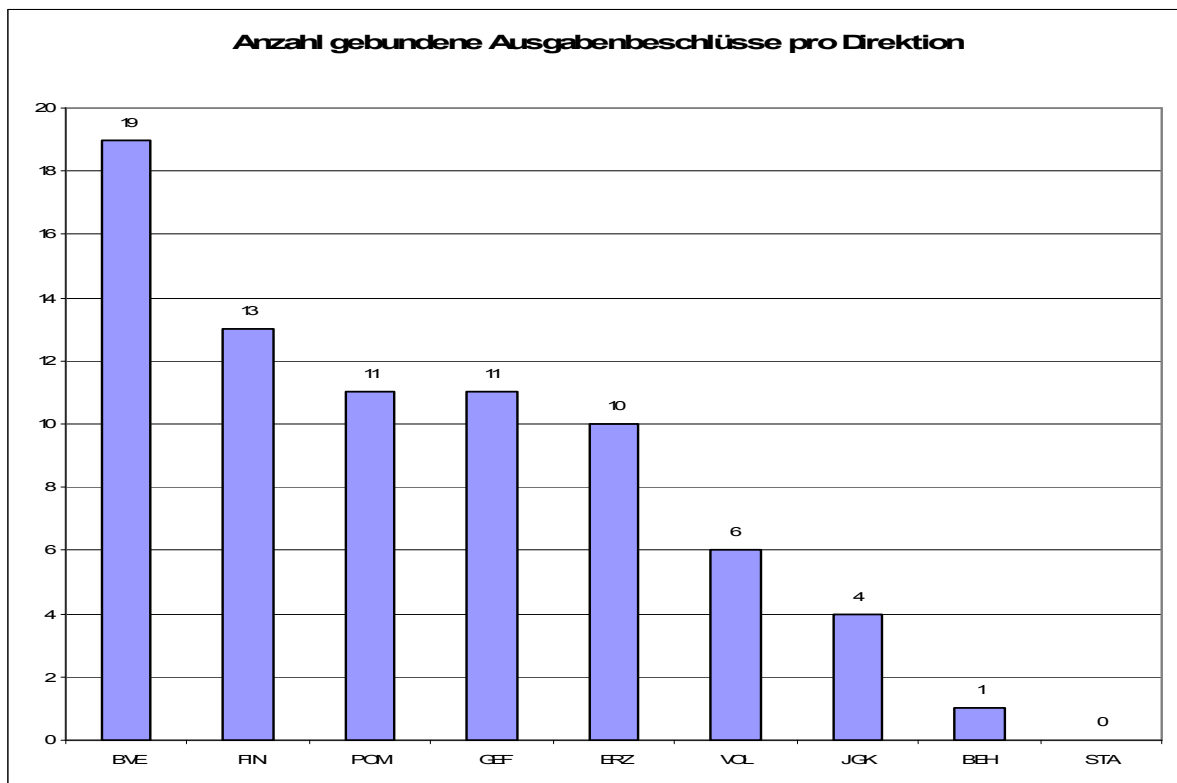
3.4 Finanzaufsicht

Gemäss Art. 21 Abs. 3 Bst. a des Grossratsgesetzes (GRG) kontrolliert die Finanzkommission im Rahmen ihrer Tätigkeit in Koordination mit der Oberaufsichtskommission „insbesondere die Ordnungsmässigkeit der Rechnungsführung und der Rechnungslegung, die Rechtmässigkeit, die Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, die Zweckmässigkeit sowie die Wirksamkeit der Haushaltsführung“. Bei der Wahrnehmung dieser Finanzaufsicht im engeren Sinn stützt sich die Finanzkommission vor allem auf die Berichterstattung der Finanzkontrolle. Die Finanzkontrolle rapportiert in Quartalsberichten, welche die Feststellungen und Ergebnisse der durchgeführten Dienststellenprüfungen und weiterer Arbeiten, wie z. B. die Berichterstattung zur Jahresrechnung, enthalten. Dabei erhält die Finanzkommission die gleichen Unterlagen, Berichte und Informationen von der Finanzkontrolle wie der Regierungsrat und bespricht diese jeweils mit dem Vorsteher der Finanzkontrolle und den zuständigen Mitarbeitenden.

Der Ausschuss Finanzkontrolle der Finanzkommission bildet zusammen mit einer Delegation des Regierungsrates das Finanzkontrollgremium, welches sich zweimal jährlich mit dem Vorsteher der Finanzkontrolle zu einem Führungsgespräch trifft.

3.5 Gebundene Ausgaben

Die Finanzkommission überprüft alle Ausgabenbewilligungen des Regierungsrates, die – wären die Ausgaben neu – in die Zuständigkeit des Grossen Rates fallen würden (Art. 48 Abs. 3 FLG). Die Detailprüfung dieser gebundenen Ausgaben hat die Finanzkommission dem gleichnamigen Ausschuss delegiert.



2011 wurden der Finanzkommission vom Regierungsrat 75 gebundene Kredite zur Kenntnis gebracht. Im Vorjahr waren es 60 gewesen. In den meisten Fällen teilte die Kommission die Ansicht des Regierungsrats, dass es sich bei den betreffenden Ausgaben um gebundene Ausgaben handelte. In verschiedenen Fällen verlangte der Ausschuss von der zuständigen

Direktion ergänzende Informationen oder gelangte die Kommission an den Regierungsrat, um in einen Dialog über die Qualifizierung der Ausgabenbewilligungen zu treten.

4 Zusätzliche Geschäfte

Neben den ordentlichen Geschäften hat sich die Finanzkommission 2011 auch mit strategischen Fragen und weiteren grösseren Geschäften befasst.

4.1 Finanzpolitische Handlungsfelder

Die Finanzkommission hat den Anspruch, sich neben den laufenden Geschäften auch mit der strategischen und langfristigen finanziellen Entwicklung des Kantons zu befassen. Sie hat 2010 vier strategische Handlungsfelder definiert.

<p>Investitionen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Kanton Bern investiert viel. In den nächsten Jahren soll sich das Investitionsniveau sogar noch erhöhen, viele Grossprojekte sind geplant. Kann sich der Kanton Bern das leisten? - Wie viele Investitionen sind für die Werterhaltung im Kanton Bern notwendig? 	<p>Steuern / Erträge</p> <ul style="list-style-type: none"> - Umgang mit den weiteren Steuerbegehren: Initiative Handänderungssteuer, Initiative „faire Steuern für Familien“. - Wenn die Staatsrechnung des Kantons Bern mit einem Defizit abschliesst, müssen auch Massnahmen auf der Einnahmenseite diskutiert werden.
<p>Staatliche Aufgaben / Personalpolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufgrund der negativen finanziellen Aussichten muss sich der Kanton permanent die Frage stellen, welche Aufgaben er erfüllen muss und will. - Neue Aufgaben kommen häufig aufgrund von Entscheiden auf der Bundesebene hinzu. Der Kanton Bern muss zusammen mit den anderen Kantonen seinen Einfluss in Bundesbern verstärken. - Personal: Die Bedingungen für das bestehende Personal sollen punktuell verbessert werden. Neue Stellen sollen dagegen möglichst keine geschaffen werden (Ausnahme Polizei) . 	<p>Schulden</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sie sind das Resultat des Handelns in den anderen drei Bereichen. - Eine begrenzte, kurzfristige Neuverschuldung kann unter bestimmten Umständen ein akzeptables Mittel sein. - Das Abgleiten in eine Defizit- und Schuldenspirale muss unter allen Umständen vermieden werden.

Das Ergreifen von Massnahmen in einem Feld hat Auswirkungen auf die anderen Bereiche, woraus ein Spannungsverhältnis entstehen kann. Deshalb müssen alle Massnahmen sorgfältig abgewogen und auf ihre Auswirkungen in den anderen Handlungsfeldern überprüft werden.

Die Finanzpolitik des letzten Jahrzehnts hat sich richtigerweise auf den Schuldenabbau konzentriert und dabei beachtliche Erfolge erzielt. Die FIKO hat mehrfach dahingehend geäussert, dass sie sich eine Erweiterung der finanzpolitischen Ziele vorstellen kann.

Die FIKO stellt fest, dass in den letzten Jahren insbesondere die Investitionen stark angestiegen sind. Investitionen sind wichtig, um die Infrastruktur des Kantons funktionstüchtig zu erhalten und sie lösen wirtschaftliche Impulse aus. Die Entwicklung der letzten Jahre kann mit einem gewissen Nachholbedarf begründet werden. Weil sich die finanziellen Aussichten aber verschlechtern, muss sich der Kanton die Frage stellen, welches Investitionsniveau er längerfristig halten will. Die Finanzkommission hat den Eindruck, dass eine weitere Steigerung der

Ausgaben in diesem Bereich nicht möglich sein wird, ohne dass andere wichtige Aufgaben vernachlässigt werden müssten.

4.2 Personalpolitik / Personalkosten

Bei den Kaderlöhnen steht der Kanton Bern in einem Konkurrenzverhältnis zur Wirtschaft und zur Bundesverwaltung. Neben dem Kader akzentuiert sich die ungenügende und unbefriedigende Lohnsituation bei jüngeren Mitarbeitenden, welche bereits seit einigen Jahren für den Kanton arbeiten, sowie bei der Polizei und den Lehrerinnen und Lehrern. Im Dezember 2011 hat die Finanzdirektion die FIKO und die OAK an einer gemeinsamen Sitzung über ein erstes Massnahmenpaket zur Verbesserung der Situation des Kaderns informiert. Die Verbesserungen bedingen eine Teilrevision des Personalgesetzes, die 2012 dem Grossen Rat unterbreitet werden sollte. Aufgrund der breiten Kritik, die der Vorlage entgegengebracht wurde, hat der Regierungsrat das Geschäft im Januar 2012 wieder zurückgezogen.

Das Lohnsystem BEREBE, welches seit 1997 in Kraft ist, funktioniert bis heute nicht wie vorgesehen, da zu wenig Mittel für den individuellen Lohnanstieg vorhanden sind. Im Gegensatz zum Konkurrenzumfeld hat der Kanton Bern zudem die Fluktuationsgewinne bisher nicht für den individuellen Gehaltsanstieg verwendet, sondern sie aus finanzpolitischen Überlegungen abgeschöpft. Von dieser Politik will der Kanton Bern in den nächsten Jahren nun wegkommen. Der Korrekturfaktor im Bereich Personal wird ab 2012 schrittweise abgebaut.

4.3 Evaluation NEF

Die FIKO hat im September 2011 einen Schlussbericht zur NEF-(Vor-)Evaluation verfasst und diesen dem Grossen Rat zukommen lassen. Basis des Berichts bildete eine durch ein externes Büro vorgenommene Voranalyse.

Sowohl der externe Bericht wie auch die FIKO kommen zu einer kritischen Beurteilung der Neuen Verwaltungsführung (NEF). Obwohl NEF zu mehr Transparenz und wohl auch in Teilen zu einer Schärfung des Kostenbewusstseins geführt hat, sind auch etliche Nachteile zu beklagen. Insgesamt möchte die FIKO an NEF festhalten. NEF soll aber markant vereinfacht und entschlackt werden. So soll die Fülle an Information reduziert und geprüft werden, ob auf gewisse Teile, deren Aussagekraft sehr beschränkt ist, ganz verzichtet werden kann. Die FIKO kann sich auch vorstellen, die einheitliche Anwendung von NEF in der Verwaltung aufzugeben und besonders ungeeignete Bereiche, wie zum Beispiel die Führungsunterstützung, davon auszunehmen.

Die Finanzdirektion hat das Projekt „Evaluation NEF“ unter Einbezug aller Direktionen und der Staatskanzlei gestartet. Zuerst wird ein Bericht erarbeitet, der die angestrebten Verbesserungen aufzeigen soll. Die FIKO ist mit ihrem Sekretär im Gesamtprojektausschuss vertreten. Der Bericht zur Revision des FLG, der in der zweiten Jahreshälfte 2012 vorliegen sollte, wird ihr zur Stellungnahme unterbreitet werden.

4.4 Budget der Justiz

Im Zuge der Umsetzung der Justizreform 2 ist es zu einer neuen Verteilung der Verantwortung bei der Erarbeitung und Genehmigung des Budgets der Justiz gekommen. Davon betroffen waren auch die FIKO und die Justizkommission (JUKO). FIKO und JUKO haben einen gemeinsamen Ausschuss gebildet, der die Erstellung eines Gutachtens durch Frau Prof. Dr. Isabelle Häner begleitete. Die Arbeiten mündeten in den Bericht „Budget der Justiz im Kanton Bern“, der mit zwei parlamentarischen Vorstössen und zwei Empfehlungen zu Händen der Januarsession 2012 des Grossen Rates verabschiedet wurde.

5 Antrag

Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, von der vorliegenden Berichterstattung im Sinne von Art. 61 Abs. 1 des Grossratsgesetzes (GRG) Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Finanzkommission

Der Präsident:

Heinz Siegenthaler

Bern, 16. Februar 2012

6 Anhang

6.1 Mitgliederliste im 2011

Name	Partei
Siegenthaler Heinz (Präsident)	BDP
Antener Bernhard (Vizepräsident bis 30.11.11)	SP/JUSO
Burkhalter Matthias (Vizepräsident ab 01.12.11)	SP/JUSO
Bhend Patric	SP/JUSO
Etter Jakob	BDP
Feller Hansrudolf	FDP
Freiburghaus Fritz	SVP
Friedli Martin	EDU
Iseli Jürg	SVP
Kropf Blaise	Grüne
Küng-Marmet Bethli	SVP
Löffel Ruedi	EVP
Meyer Markus (Mitglied ab 01.12.11)	SP/JUSO
Pfister Hans-Jörg	FDP
Schürch Jürg	SVP
Struchen Béatrice	SVP
Stucki Béatrice	SP/JUSO
Tromp Mathias	BDP

6.2 Organigramm (ab Dezember 2011)

Präsident: Heinz Siegenthaler

Vizepräsident: Matthias Burkhalter

Matrixorganisation der Ausschüsse

		BVE/STA	ERZ/JGK	FIN/VOL	POM/GEF	
		Hans-Jörg Pfister (Vorsitz)	Bethli Küng-Marmet (Vorsitz)	Matthias Burkhalter (Vorsitz)	Ruedi Löffel (Vorsitz)	
VA/AFP	Jürg Iseli (Vorsitz)	Martin Friedli	Patric Bhend	Blaise Kropf	Mathias Tromp	Heinz Siegenthaler
GB	Béatrice Stucki (Vorsitz)	Fritz Freiburghaus	Béatrice Struchen	Hansrudolf Feller	Jürg Schürch	
		Markus Meyer	Jakob Etter	Jürg Iseli	Béatrice Stucki	

Finanzkontrolle	Hans-Jörg Pfister (Vorsitz)	Heinz Siegenthaler	Jürg Iseli	Béatrice Stucki	Jakob Etter
------------------------	-----------------------------	--------------------	------------	-----------------	-------------

gebundene Ausgaben	Fritz Freiburghaus (Vorsitz)	Blaise Kropf	Markus Meyer	Hans-Jörg Pfister
---------------------------	------------------------------	--------------	--------------	-------------------

6.3 Liste der behandelten Geschäfte

Nr.	Titel	DIR	Session	Betrag in CHF	Antrag FIKO	Beschluss GR
1	RRB 0013: Programm Bildung und Kultur, Finanzierung Massnahmen für eine Versuchsphase in den Jahren 2011 - bis 2014 aus Staatsmitteln (ERZ) und aus dem Lotteriefonds (POM)	ERZ	März	6'160'000	Ja	Ja
2	RRB 014: Bewilligung der Staatsbeiträge 2012-2015 an die privaten Gymnasien (Freies Gymnasium Bern, Campus Muristalden AG, NMS Bern)	ERZ	März	42'900'000	Ja	Ja
3	RRB 015: Stiftung Kornhausbibliotheken: Staatsbeiträge 2011- 2014 an die Zentralstelle des Kornhausbibliothekenverbundes	ERZ	März	2'263'072	Ja	Ja
4	RRB 0024: Bern / Murtenstrasse 109; Rettungsdienst und kantonale Sanitätsnotrufzentrale; Neubau Betriebsgebäude; Ausführungskredit	BVE	März	29'700'000	Ja	Ja
5	RRB 0025: Kantonsstrasse Nr. H1 Murten - Bern - Zürich, Gemeinde Thunstetten, 10331 / Verkehrstechnische Optimierung Ortsdurchfahrt Bützberg	BVE	März	3'332'000	Rückweisung	
6	RRB 0026: Kantonsstrasse Nr. 23 Kirchberg - Burgdorf - Ramsei – Huttwil - Sursee, Gemeinde: Dürrenroth, Huttwil und Wyssachen, 24010251 / Radstreifen Hulligen – Huttwilwald	BVE	März	1'803'000	Ja	Ja
7	RRB 0027: Lyss / Berufs- und Weiterbildungszentrum, Sanierung, Instandsetzung und betriebliche Anpassungen, Ausführungskredit	BVE	März	4'060'000	Ja	Ja
8	RRB 0029: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion, Tiefbauamt, Produktgruppe Nationalstrassen (Nr. 09.10.0120), Nachkredit 2010	BVE	März	18'500'000	Ja	Ja
9	RRB 0050: SRO AG (Spitalregion Oberaargau); Einführung eines Klinikinformationssystems	GEF	März	1'187'911	Ja	Ja
10	RRB 0052: Projekt "Stärkung des Medizinalstandorts Bern (Zusammenschluss des Inselspitals mit den Spitälern der Spital Netz Bern AG)"; Hauptprojekt	GEF	März	1'950'000	Ja	Ja
11	Motion (M 125/2010 Martinelli-Messerli vom 2. September 2010 betreffend "Zusammenschluss Inselspital - Spital Netz Bern AG zu Lasten der peripheren Versorgung?")	GEF	März	--	Kenntnisnahme mit Planungs-erklärung	Ja zum Antrag der FIKO

Nr.	Titel	DIR	Session	Betrag in CHF	Antrag FIKO	Beschluss GR
12	RRB 0129: Behörden, Besondere Rechnung "Grosser Rat"(I-Nr. 1003); Kontengruppe 303, Sozialversicherungsbeiträge, Nachkredit 2010	STA	März	29'354	Ja	Ja
13	RRB 0140: ERZ, Mittelschul- und Berufsbildungsamt (I-Nr. 19010); Saldoüberschreitung infolge des Korrekturfaktors im Bereich Personalkosten; Produktgruppe Berufsbildung, Weiterbildung und Berufsberatung, Nachkredit 2010	ERZ	März	4'435'885	Ja	Ja
14	RRB 0141: Amt für Kultur (I-Nr. 19062); Produktgruppe Kultur, Nachkredit 2010	ERZ	März	1'575'229	Ja	Ja
15	RRB 0157: 1019 Obergericht, Nachkredit Personalkosten 2010	JGK	März	834'648	Ja	Ja
16	RRB 0158: 1027 Gerichtskreise, Reise- und Spesenentschädigungen, Nachkredit 2010	JGK	März	21'630	Ja	Ja
17	RRB 0159: 1027 Gerichtskreise, übriger Sachaufwand, Nachkredit 2010	JGK	März	1'065'705	Ja	Ja
18	RRB 0160: 1027 Gerichtskreise, Verbrauchsmaterialien, Nachkredit 2010	JGK	März	10'448	Ja	Ja
19	RRB 0161: 1027 Gerichtskreise, Nachkredit Personalkosten 2010	JGK	März	1'714'532	Ja	Ja
20	RRB 0162: 1065 Staatsanwaltschaft, Reise- und Spesenentschädigungen, Nachkredit 2010	JGK	März	10'236	Ja	Ja
21	RRB 0163: 1065 Staatsanwaltschaft, Nachkredit Personalkosten 2010	JGK	März	134'393	Ja	Ja
22	RRB 0164: 1065 Staatsanwaltschaft, übrige Personalkosten, Nachkredit 2010	JGK	März	10'134	Ja	Ja
23	RRB 0165: 1075 Verwaltungsgericht, Nachkredit Personalkosten 2010	JGK	März	131'113	Ja	Ja
24	RRB 0166: 1079 Steuerrekurskommission; Nachkredit Personalkosten 2010	JGK	März	27'106	Ja	Ja
25	RRB 0167: 19004 Untersuchungsrichterämter, Verrechneter Aufwand, Nachkredit 2010	JGK	März	2'041'250	Ja	Ja
26	RRB 0168: 19004 Untersuchungsrichterämter, Reise- und Spesenentschädigungen, Nachkredit 2010	JGK	März	22'121	Ja	Ja

Nr.	Titel	DIR	Session	Betrag in CHF	Antrag FIKO	Beschluss GR
27	RRB 0169: 19004 Untersuchungsrichterämter, übriger Sachaufwand, Nachkredit 2010	JGK	März	1'445'099	Ja	Ja
28	RRB 100: Bern, Hochschulstrasse 6 und Mittelstrasse 43, Kauf von zwei Verwaltungsliegenschaften für die Universität Bern,	BVE	Juni	63'500'000	Ja, Kürzung auf 61,2 Mio	Ja zu Antrag FIKO
29	RRB 0354: Roggwil, Kantonsstrasse H1; Bern - Zürich, 24004007 Radverbindung Kaltenherberge – Roggwil	BVE	Juni	3'097'000	Ja	Ja
30	RRB 0355: Hagneck – Grundbuchblatt Nr. 115, Hauptstrasse 26; Erwerb der Liegenschaft Gasthof Brücke mit Umschwung	BVE	Juni	1'888'000	Ja	ja
31	RRB 0382: Äufnung des Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen mit 136,5 Millionen Franken zulasten der Rechnung 2010 für den Kauf und die Sanierung von zwei Liegenschaften für die Universität Bern an der Hochschulstrasse 6 und der Mittelstrasse 43 in Bern	FIN	Juni	136'500'000	Ja, Begrenzung auf 61 Mio.	Ja zu Antrag FIKO
32	RRB 417: Lotteriefonds: Genehmigung der Jahresrechnung 2010	POM	Juni	--	Ja	Ja
33	RRB 418: Sportfonds: Genehmigung der Jahresrechnung 2010	POM	Juni	--	Ja	Ja
34	RRB 0451: STA: E-Voting für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer,	STA	Juni	960'000	Ja	Ja
35	RRB 0475: Fonds für kulturelle Aktionen (FKA); Jahresrechnung 2010 - Genehmigung	ERZ	Juni	--	Ja	Ja
36	RRB 0474: Abgeltung an die Einwohnergemeinde Bern für die Übertragung von Aufgaben im Bereich der Denkmalpflege; jährlicher Beitrag 2011 – 2013	ERZ	Juni	750'000	Ja	Ja
37	RRB 489: Bodenverbesserung; Rebbergzusammenlegung Twann-Ligerz-Tüscherz-Alfermée (TLTA); Zusatzkredit	VOL	Juni	933'938	Ja	Ja
38	RRB 490: Volkswirtschaftsdirektion; Steinschlagschutzprojekt Adalboden; Ausgabenbewilligung	VOL	Juni	1'482'000	Ja	Ja
39	RRB 0491: Leistungen des Kantons an Massnahmen und Entschädigungen im Interesse der Raumplanung, Staatsbeiträge, Rahmenkredit 2012 – 2015	JGK	Juni	7'000'000	Ja	Ja

Nr.	Titel	DIR	Session	Betrag in CHF	Antrag FIKO	Beschluss GR
40	RRB 1032: Bern; Erwerb der Liegenschaft Murtenstrasse 32 im Rahmen des Neubauprojekts Murtenstrasse 20 – 30	BVE	Sept	1'300'000	Ja	Ja
41	RRB 1052: Stiftung Schweizerisches Freilichtmuseum Ballenberg; Kantonsbeiträge 2012 – 2015;	ERZ	Sept	2'500'000	Ja	Ja
42	RRB 1033: Bern / Inselspital, Sanierung Infrastruktur, Phase 3; Ausführungskredit	BVE	Sept	37'000'000	Ja	Ja
43	RRB 1427: Stiftung Europaplatz - Haus der Religionen, Bern; Beitrag aus dem Lotteriefonds an das Haus der Religionen von Fr. 2'200'000.-	POM	Nov	2'200'000	Ja	Ja
44	RRB 1490: Kantonsbeitrag an die Stadt Bern für die Gesamtanierung des Stadttheaters Bern, Ausgabenbewilligung, Projektierungskredit	ERZ	Nov	2'250'000	Ja	Ja, Kürzung auf 1'500'000
45	RRB 1440: Stiftung Schweizerisches Alpines Museum; Kantonsbeiträge 2012 – 2013	ERZ	Nov	1'040'000	Ja	Ja
46	Verwendung von Mitteln des Investitionsspitzenfonds gemäss Artikel 3 Investitionsfondsgesetz	BVE	Nov	--	Ja	Ja
47	RRB 1424: Gemeinde Zweisimmen, Kantonsstrasse Nr. 11, 2090 / Sanierung Lee – Laubegg	BVE	Nov	11695472	Ja	Ja
48	RRB 1359: Qualitätskontrolliertes Mammographie-Screening-Programm für den Kanton Bern ohne Verwaltungskreis Berner Jura; Ausgabenbewilligung für die Jahre 2012 – 2020	GEF	Nov	4700000	Ja	Ja
49	RRB 1474: Inselspital Bern; Bau eines Hybrid-OP (Phase 1) und eines Hochpräzisions-OP (Phase 2) im INO-Geschoss D	GEF	Nov	19048000	Ja	Ja
50	RRB 1475: Inselspital Bern; Bau eines neuen Zentralen Aufwachraums (ZAWR) und Erweiterung mit einer Holding Area im INO Geschoss D	GEF	Nov	1660000	Ja	Ja
51	RRB 1476: Inselspital Bern; Erweiterung der Zentralen Sterilgutversorgungsabteilung (ZSVA) im INO Geschoss E;	GEF	Nov	2900000	Ja	Ja

Nr.	Titel	DIR	Session	Betrag in CHF	Antrag FIKO	Beschluss GR
52	RRB 1477: Spitäler FMI AG; Spital Interlaken: Aufstockung Haus K;	GEF	Nov	10909200	Ja	Ja
53	RRB 1478: Spitäler FMI AG; Erneuerung und Erweiterung Notfall-/Operationsabteilung im Spital Interlaken	GEF	Nov	34'500'000	Ja	Ja
54	RRB 1479: Spitalzentrum Biel AG; Gesamterneuerung	GEF	Nov	84'700'000	Ja	Ja
55	RRB 1480: Kündigung des Vertrages mit dem Kanton Solothurn gültig am dem 1. Januar 2004 über den Zugang von bernischen Einwohnerinnen und Einwohnern zu solothurnischen Spitälern	GEF	Nov	--	Ja	Ja
56	RRB 1481: Kündigung des Rahmenvertrages mit dem Kanton Jura gültig seit dem 1. Januar 1993 über die Zusammenarbeit im Spitalbereich	GEF	Nov	--	Ja	Ja
57	RRB 1467: Gemeinde Diessbach bei Büren; Gesamtmelioration Diessbach bei Büren	VOL	Nov	1'310'000	Ja	Ja
58	RRB 1472: Bernisches Historisches Museum, Bern; zusätzlicher Beitrag aus dem Lotteriefonds an die ungedeckten Baukosten des Erweiterungsbaus Kubus	POM	Jan 12	731'665	Ja, Kürzung auf 500'000	Rückweisung
59	RRB 1846/2011: Zentrum Paul Klee; Bewilligung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für die Jahre 2012 – 2015	ERZ	Jan 12	2'000'000	Ja	Ja
60	RRB 1847/2011: Maurice E. and Martha Müller Foundation: Investitionsbeitrag 2012-15 für das Zentrum Paul Klee	ERZ	Jan 12	1'600'000	Rückweisung mit Auflagen	
61	RRB 1704/2011: Kantonaler Radweg abseits der Kantonsstrasse, Gemeinde: Hasle b. Burgdorf, 10204 / Radwegverbindung Hasle b. B. – Lützelflüh	BVE	Jan 12	2'264'000	Ja	Ja
62	RRB 1762/2011: Kantonsbeiträge an die Gemeindeprojekte der Priorität A gemäss Agglomerationsprogramme Verkehr und Siedlung	BVE	Jan 12	41'000'000	Ja	Ja
63	RRB 1761/2011: Biel, Schulanlage Strandboden, Seeland Gymnasium Biel und Gymnase Francais; Sanierung und Erweiterungsneubau; Ausführungskredit	BVE	Jan 12	29'845'000	Ja	Ja

Nr.	Titel	DIR	Session	Betrag in CHF	Antrag FIKO	Beschluss GR
64	Programm "Ärztliche Weiterbildung in Hausarztpraxen (Praxisassistenz)"; Ausgabenbewilligung 2013-2017	GEF	Jan 12	5'245'585	Ja	Ja